

## Schutzlos zur Schlachtbank

Zu: „Schulöffnung ging glimpflich ab“, FR-Regional vom 7. Juli

Mit „glimpflich“, „keine erkennbare Häufung“, „keine erhöhte Rate von erkrankten Lehrkräften“ meint Pitt von Bebenburg bislang 56 LehrerInnen plus deren Angehörige ihres Umfelds – wie (alte) Eltern, PartnerInnen, Kinder, NachbarInnen usw.

Es ist klar, dass das damit verbundene Leid – die Verlustängste, Sorgen, Schmerzen und Todesfälle – mehr werden, sobald der sporadische Corona-Präsenzunterricht dem Regelunterricht weichen wird: ohne Maske, ohne Abstand, vermutlich dann auch wieder ohne Seife in dreckigen WCs, in überfüllten Klassenräumen.

Ich als Lehrerin fühle mich jetzt schon wie ein schutzloses Vieh, das Mitte August zur Schlachtbank geführt wird.

Glimpflich davonkommen werden bestenfalls die Schulleitungen: Sie verschanzen sich schon seit Wochen in ihrem Verwaltungsbunker, haben mit generell bis zu vier Wochenstunden keine direkten SchülerInnenkontakte (keine Vertretungen, keine Aufsichten usw.). Unter Fürsorgepflicht verstehe ich etwas anderes!

Heidi Nowak, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/oeffnung](http://frblog.de/oeffnung)

## Der Unmut der Bürger

Zu: „Engpass bei der Zulassung“, FR-Regional vom 20. Juni

Bei allem Verständnis für die schwierige Situation: Die Telefonhotline bittet einen, es später noch mal zu versuchen (wer ist eigentlich mal durchgekommen, es gibt keine Warteschleife), und verweist auf die Möglichkeit per Mail. Die Webseite bittet um eine Mail, in der man einen Terminvorschlag machen soll. Habe ich gemacht, man bekommt eine automatische Antwort mit der Bitte, nicht rückzufragen. Dann passiert: Nichts. Der vorgeschlagene Termin ist sowieso schon lange vorbeigegangen. So kann das endlos weitergehen, ohne dass man einen Menschen erreicht hat, der in der Lage ist, das Anliegen zu beurteilen.

Den Tipp mit den professionellen Zulassungsdiensten habe ich vom Bürgertelefon (115) bekommen. Das ist zwar sehr kompetent und auch wohl hilfreich (kostet allerdings extra), ist aber keineswegs eine Lösung, die der Zulassungsstelle zusteht. Sie muss wenigstens in der Lage sein, den Bürger darüber aufzuklären, wann und wie er einen Termin zu erwarten hat.

Eine Person muss die Webseite pflegen und den Gegebenheiten anpassen. Zeitnah! Das muss auch ohne zusätzliche Hilfskräfte möglich sein. Nur so kann man den Unmut der Bürger in die richtige Richtung kanalisieren. Andreas Rammé, Frankfurt



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Leserbrief@fr.de](mailto:Leserbrief@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Seltsamer Schlingerkurs um den Mainkai

Zu: „Mehrheit für autofreien Mainkai“, „Stadtverordnete entscheiden über die Sperrung“, FR-Regional vom 4. und 10. Juli

### Kein Aufbruch zu einer menschengerechteren Stadt

Meine Empörung über das Verhalten von Stadtrat Oesterling ist groß, meine Überraschung weniger. Es bestand schon länger der Verdacht, dass die Vernachlässigung und Gleichgültigkeit, mit der dem Mainkai jede Attraktivität genommen wurde, dieses Ergebnis haben würde. Oesterling hat nur auf einen Buhmann gewartet. Damit leistet dieser SPD-Stadtrat einen Beitrag zur Verhinderung weiterer Straßensperrungen und des Aufbruchs zu menschengerechterer Stadt. Anerkennung für die Vereine und Bürger, die zuletzt noch zu einer Belebung und sinnvollen Gestaltung des Mainkais Anstrengungen unternommen haben! Frage: Wie kam es eigentlich zu dem jetzt vorliegenden Erlass?

Günther Kaufmann-Ohl, Frankfurt

### Eine Modelleisenbahn für Oesterling

Im Verhalten des Stadtrats Oesterling zur Mainkai-Sperrung zeigt sich, wie fatal der Usus der politischen Parteien es ist, langjährige, in ihrem Sinne „verdiente“, besser ausgediente Mitglieder zum Ende ihrer Parteikarriere einen lukrativen Posten und eine überbezahlte Pension zu verschaffen. Die Probleme, die bei der Mainkai-Sperrung auftraten, haben Oesterling offensichtlich überfordert. Ein längst überfälliges integriertes Verkehrskonzept zu entwickeln, überforderte ihn ebenfalls. So wäre es doch für die Allgemeinheit besser und billiger, ihm eine Modelleisenbahn zu schenken und jetzt schon in den unverdienten Ruhestand zu schicken. Beachtenswert ist nur, dass auch der OB Feldmann Oesterling anscheinend für „genial“ hält, beide wohl aus gleichem Holz?

Konrad Mohrmann, Frankfurt

### Die Sperrung ist umgehend zu beenden

Als ehemaliger langjähriger Leiter der Straßenverkehrsbehörde Frankfurt kann ich die irrsinnigen Diskussionen um die Sperrung des Mainkai kaum noch ertragen. In den vergangenen Jahr-

zehnten war diese Sperrung immer mal wieder Prüfungsthema der zuständigen Behörden.

Mir geht es nicht um das Thema pro oder contra Autoverkehr, sondern nur um das dumme politische Umgehen mit gesetzlichen Regelungen. Beim Mainkai handelt es sich um eine öffentliche Straße, und im Sinne des Straßenrechts sind diese Straßen dem öffentlichen Verkehr gewidmet. Das Straßenverkehrsrecht ist sachlich begrenztes Ordnungsrecht und berechtigt nicht zu Verkehrsregelnden Maßnahmen, die über den Umfang der wegerechtlichen Widmung hinausgehen.

Das heißt: Eine endgültige Sperrung des Mainkai kann nur durch ein Ent- oder Umwidmungsverfahren erreicht werden. Die ist ein aufwendiges Verwaltungsverfahren, das von jedem Betroffenen beklagt werden kann. Die Sperrung für einen Verkehrsversuch ist nur möglich, wenn eine entsprechende Unfallsituation und somit eine besondere Gefahrenlage vorliegt. Zustimmende Behörde für diesen Verkehrsversuch ist der RP Darmstadt. Dieser wurde bei der Durchführung des Versuchs umgangen. Das bedeutet, dass der durchgeführte Versuch rechtswidrig war. Aus diesem Grund ist er umgehend zu beenden.

Ulrich Schöttler, Hattersheim

### Die CDU hat das Projekt von Anfang an hintertrieben

Auf der Stadtverordnetenversammlung am 2.7. ergab sich eindeutig eine Mehrheit für die Sperrung des Mainkai. Demnach wäre ein Stadtverordnetenbeschluss zumindest für eine Verlängerung des Testlaufes mit anschließender Auswertung der erhobenen Zahlen durchaus möglich. Doch nach dem aktuellen Stand wird es nicht dazu kommen. Durch die Ablehnung einer freien Abstimmung wegen des Koalitionsvertrags wird dieses verhindert! Das ist Politik und Demokratieverweigerung!

Wolfgang Siefert (Grüne) begründet die Ablehnung der Freigabe der Abstimmung (vielen Dank an Georg Leppert, genau diese Frage hatte ich mir gestellt) damit, dass es das Ende der Koalition wäre. Schon im Umwelt-

ausschuss letzten Herbst wurde dieses Signal von den Grünen ausgesendet, als es um die Forderung von „Fridays for future“ ging, den Klimanotstand für Frankfurt auszurufen. Auch damals war es kein ausreichender Grund, die Koalition zu gefährden. Welcher Grund wäre denn groß genug? Der wahre Grund dürfte wohl sein, dass die Grünen auf eine schwarz-grüne Koalition hinarbeiten – ohne die SPD!

In der Mainkai-Debatte fahren die Grünen einen seltsamen Schlingerkurs. Vor einigen Wochen sprachen sie sich noch gegen eine Verlängerung des Verkehrsversuchs aus, da dieser gescheitert sei. Gleichzeitig legten sie ihren alten Vorschlag vor, Berliner Straße und Mainkai mit einer Autospur in jede Richtung und je einer Fahrradspur umzugestalten. Im Verkehrsausschuss am 23.6. gab es dann für viele sehr überraschend die klare Ansage für eine Verlängerung des Verkehrsversuchs auf dem Mainkai. Das riecht alles bereits nach Wahlkampf.

Von der CDU ist bei dem Thema nichts zu erwarten. Sie hat das Projekt von Beginn an hintertrieben und ergeht sich jetzt wieder mal in schierem Opportunismus! In der Stadtverordnetenversammlung warf Martin Daum, verkehrspolitischer Sprecher der CDU, Verkehrsdezernent Klaus Oesterling (SPD) vor, den Mainkai im zurückliegenden Jahr nicht attraktiv genug gestaltet zu haben. Die CDU war die Partei, die in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt hat, dass genau dies – die Erhöhung der Attraktivität – nicht geben darf!

Somit liegt es jetzt also an Oesterling, ob der Testlauf noch zu einem sinnvollen Ende geführt werden kann. Er und die SPD haben sich bei dem Teil der Bevölkerung, der einen autofreien „Mainkai“ befürwortet, viel Unterstützung und Vertrauen erarbeitet. Das sollten sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen! Nach der Umsetzung des autofreien „Mainkai“ muss jedoch die Verkehrswende in der Stadt konsequent weiter verfolgt werden!

Otto Gebhardt, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/ihk](http://frblog.de/ihk)

### LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200713](http://frblog.de/lf-20200713) Eine Übersicht über alle Themen des FR-Blogs gibt es hier: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)

## Boddenberg hätte den Ehrlichen zum Dummen gemacht

Neuer Finanzminister: „Streit um Corona-Hilfen eskaliert“, FR-Regional vom 25. Juni

Würden Sie dem neuen hessischen Finanzminister Michael Boddenberg zwölf Milliarden Euro anvertrauen? Ich nicht. Herr Boddenberg hat hier in Frankfurt-Sachsenhausen seinen Wahlkreis, und ich konnte in seinem CDU-Ortsverein miterleben, wie er dafür warb, die milliardenschweren, durch Schweizer Banken ermöglichten Steuerhinterziehungen mit einer Amnestie zu bagatellisieren. Dadurch wären Deutschland nicht nur Millionen Euro an Steuernachzahlungen und Strafzahlungen entgangen, man hätte auch mal wieder den Ehrlichen zum Dummen gemacht.

Wenn schon Steuergerechtigkeit nicht so wichtig für ihn ist, sollte man davon ausgehen, dass der Finanzminister wenigstens die Grundrechenarten beherrscht. Auf vielen Wahlkampfveranstaltungen hatte Herr Boddenberg behauptet, dass der Frankfurter Flughafenausbau 100 000 neue Arbeitsplätze schaffen werde. Wenn durch die bestehenden drei Landebahnen 60 000 Arbeitnehmer beschäftigen werden, und es kommt eine vierte Landebahn hinzu, ist es mathematischer Blödsinn zu behaupten, es gäbe dann 160 000 Arbeitsplätze. Leider hat dieser auch

von Boddenberg herbeigelegte, bis heute unnötige Flughafenausbau 100 000 Menschen im Rhein-Main-Gebiet neu und schlimm mit Fluglärm überzogen.

Nun möchte er als frisch ernannter Finanzminister eine Art Persilschein, um Hessen mit zwölf Milliarden Euro zusätzlich zu verschulden. Er ist bereit, dafür fundamentale demokratische Regeln zu umgehen. Eine Regierung, die nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit regiert, sollte doch bei solch schwerwiegenden, weit in die Zukunft reichenden Entscheidungen eine breite Unterstützung des Parlamentes herbei-

führen. Stattdessen versucht die Landesregierung, die vom Gesetz geforderte Zweidrittelmehrheit mit fragwürdigen Mitteln zu umgehen. Boddenbergs Argument, dies müsse gemacht werden, da die Opposition sonst mitregieren würde, zeigt auch sein unterentwickeltes Verständnis von Rechtsstaat und Parlamentarismus.

Sein Vorgänger Thomas Schäfer hatte kurz vor seiner Selbsttötung in den Medien angekündigt, dass Hessen die Täter im Cum-Ex-Skandal hart und umfänglich verfolgen wird. Solche Gradlinigkeit traue ich Boddenberg nicht zu. Friedhilde Scholl, Frankfurt